



## Europa – transatlantisch oder eurasisch?

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2024

### Zusammenfassung

---

Bei den Wortmeldungen rund um die Münchner Sicherheitskonferenz 2024 gab es neben Solidaritätsbekundungen für die Ukraine Hinweise auf Vorteile Russlands und Zweifel an der Durchhaltefähigkeit der Ukraine. Trumps Wahlkampfauftritt mit Absage an die Verteidigung „säumiger Zahler in Europa“ brachte die „Antiamerikaner“ auf den Plan, jetzt rasch Verhandlungen mit Russland zu führen. Eine andere Gruppe sorgte sich um Kompensation durch eigene Leistungen in Europa auch in der Frage nuklearer Abschreckung. Wie die jetzige EU und eine brüchige NATO den „strategischen Partnern“ Russland und China, das nach Welt dominanz strebt, widerstehen soll, ist fraglich. Und ein Abrutschen in eine „teilautonome Großregion“ Eurasiens nicht auszuschließen. Um nicht als „Macht der zweiten Reihe“ zu enden, sind deshalb alle Anstrengungen wert, den transatlantischen Verbund für umfassende Sicherheit zu retten und weiter zu gestalten, um nicht nach den Regeln eurasischer Diktaturen leben zu müssen.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

In einem Panel der diesjährigen Munich Security Conference (MSC) zur Sicherheit der NATO und zum Krieg in der Ukraine hat Ministerpräsidentin Katja Kallas aus Estland erneut deutlich gemacht, dass der wichtigste und beste Ansatz, die NATO-Staaten zu sichern, darin besteht, Russlands imperiales Ausgreifen in der Ukraine zu stoppen. Kurz gesagt, ein entscheidender Beitrag zur Abschreckung und Verteidigung der Allianz ist es, dazu beizutragen, dass Russlands Angriffskrieg scheitert.

Neben dieser klaren Ansage gab es in den vergangenen Tagen Ereignisse und Diskussionen in der EU und NATO mit befremdlichen oder ablenkenden Aussagen. Immer noch stürzt man sich in die „kleinteiligen“ Elemente militärischer Unterstützung. Viele Stimmen sprechen, ja „fabulieren“ über kurzfristige Vorteile Russlands im Kriegsgebiet und bezweifeln die Durchhaltefähigkeit der Ukraine.

Daneben gibt es jetzt auf der Basis der G7-Erklärung vom Juli 2023 die ersten bilateralen Vereinbarungen zur Sicherheitspartnerschaft der Ukraine mit Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Alle basieren auf der langfristigen Unterstützung einer Ukraine unter der Annahme, dass sie weiter als unabhängiger Staat erhalten bleibt. Man kann aber keine Entschlussfreudigkeit erkennen, einen Absturz der Ukraine in die russische Unterjochung mit aller Kraft zu verhindern. Und selbst für einen „nächsten Krieg“ werden Beratung und Unterstützung zugesagt, aber keine Garantie für eine gemeinsame Verteidigung.

Die Aussagen von Donald Trump bei einem Wahlkampfauftritt zur Aufkündigung der NATO-Verpflichtung gemeinsamer Verteidigung – zumindest für aus seiner Sicht „säumige“ Zahler – haben in Europa zwei in ihrer Sicht auf Amerika unterschiedliche Gruppen aus diametral entgegengesetzter Richtung angenähert. Eine Gruppe vertritt oder ist orientiert an einem offenen oder „verdeckten“ Antiamerikanismus, zumindest einer skeptischen Haltung zu Amerikas Politik. Eine andere ist bestimmt von der Sorge, dass der seit Dekaden gewollte sicherheitspolitische Rückhalt der USA für Europa „gelockert“ wird oder gar entfällt.

Die erste Gruppe zieht aus einer möglichen mehr isolationistischen Entwicklung in Amerika den Schluss, dass nun endlich mit Russland Verhandlungen eröffnet werden sollten. Dabei ist diese Gruppe bereit, Vorschläge zu unterstützen, die sowohl zulasten der Integrität der Ukraine in ihren Grenzen von 1991 als auch ihrer Souveränität freier Entscheidungen für den Beitritt zur NATO und der EU gehen. Bei der zweiten Gruppe brach eine teilweise hektische Debatte aus, ob und wie eine Verringerung oder gar Wegfall der amerikanischen Unterstützung für die Selbstverteidigung der Ukraine kompensiert werden könnte.

Die Diskussion reichte aber darüber hinaus. Denn eine Kürzung oder gar Wegfall amerikanischer Leistungen für die Abschreckung und Verteidigung in Europa gegen ein aggressiv handelndes Russland machte zum einen deutlich, dass Umfang und Durchhaltefähigkeit der konventionellen Streitkräfte in Europa ohne die USA offensichtlich materielle, personelle und finanzielle Anstrengungen in einem bisher nicht vorstellbaren Ausmaß in Europa auslösen müssten. Zum anderen war sofort die Frage gestellt, welche Auswirkungen eine Unsicherheit oder gar Rücknahme der nuklearen Schutzgarantie der USA für die NATO-Mitglieder bedeuten würde. Eine EU ohne eine komplementäre NATO an Ihrer Seite und ein Bündnis mit einem brüchigen oder gar fehlenden amerikanischen Stützpfiler der Allianz bedeuten eine große Gefahr für die Europäer.

Es ist nicht erkennbar, wie diese EU und eine brüchige NATO dem eurasischen Koloss – gebildet aus einem atomaren, auf Aggressivität gebürsteten Russland und einer in strategischer Partnerschaft eng verbundenen



Volksrepublik China mit Weltmachtanspruch – widerstehen sollen. Zumindest kann das Abrutschen in eine politische und ökonomische Abhängigkeit als quasi „teilautonome Großregion“ bevorstehen.

Vor einigen Jahren vertraten eine Reihe von Mitgliedstaaten Vorstellungen, dass mit „Souveränität“ und „strategischer Autonomie“ die Europäer der EU dem dreiblättrigen geopolitischen Kleeblatt mit den USA, Russland und China das vierte Blatt auf Augenhöhe hinzufügen können. Heute, wo der brutale Krieg mitten in Europa tobt, ringt Europa – Gott sei Dank (noch) mit Amerika – um die Behauptung ihrer regelbasierten Ordnung für den europäischen Kontinent. EU- und NATO-Europa mit 450 Millionen – mit Amerika sogar 800 Millionen – und einer vielfachen ökonomischen Kraft sind seit über zwei Jahren nicht in der Lage oder willens, Putins imperial handelndes Russland zu stoppen und die Ukraine zu retten.

Das macht offenkundig, dass den selbstbewussten Aussagen der EU von 2019, Europa müsse die „Sprache der Macht lernen“ und „weltpolitikfähig“ werden, bisher der gemeinsame Wille, die zielgerichtete Strategie und die Mittel und Fähigkeiten fehlen, die Ordnung der Charta von Paris wiederherzustellen.

Und so wirken die Zusagen von Bundeskanzler Scholz ziemlich schal, Deutschland werde bis in die 2030er Jahre mindestens 2 % des BIP für Verteidigung bereitstellen. Haushalt und Finanzplan untermauern das nicht. Gleichzeitig schweigt Scholz zur Forderung Selenskys nach weitreichenden Waffen und gibt keine Begründung seines „Nein“ zur Abgabe von TAURUS Marschflugkörpern an die Ukraine, obwohl dies ein wichtiges Element ist, um Russland zu stoppen.

Fazit: Wenn Amerika unter einem nächsten Präsidenten seine weltpolitischen Interessen neu gewichtet und sich von der europäischen Atlantikküste abwendet, dann werden EU- und NATO-Europa machtpolitisch erfahren, dass der geographisch schmale „westliche Vorposten“ der riesigen eurasischen Landmasse schwer gegen das Gewicht des atomaren Russland und des auf Dominanz in der Welt ausgerichteten China in seiner bisherigen Gestalt behauptet werden kann. Mit den Worten von Herfried Münkler wird es dann bestenfalls eine Macht der zweiten Reihe sein. Deshalb ist es aller Anstrengungen wert, den transatlantischen Verbund für umfassende Sicherheit zu retten und weiter zu gestalten, um nicht nach den Regeln eurasischer Diktaturen leben zu müssen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*